

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten KO Strache, Dr. Fichtenbauer

und weiterer Abgeordneter

betreffend Versagen des Vertrauens gegenüber dem Bundesminister für Landesverteidigung und Sport

EING.

2011-01-20 15:33

eingebraucht im Zuge der Debatte über die Dringliche Anfrage des Abgeordneten KO Strache und weiterer Abgeordneter in der 93. Sitzung des Nationalrates, XXIV. GP, am 20. Jänner 2011.

Norbert Darabos trat sein Amt als Bundesminister für Landesverteidigung im Jänner 2007 an. Von diesem Zeitpunkt an bekräftigte Darabos unmissverständlich bei jeder Gelegenheit seine positive Haltung zur Wehrpflicht und seine Ablehnung eines Berufsheeres:

Darabos bekannte sich zur Landesverteidigung und allgemeinen Wehrpflicht, lehnte ein Berufsheer ab und bekräftigte auf eine entsprechende Frage, dass er keine Pläne zur Abschaffung des Heeres habe: "Das Bundesheer kann sich auf mich verlassen."
APA0496, 10.1.2007

„Nein, Berufsheer ist aus meiner Sicht kein Thema.“
Ö1 Morgenjournal, 11.01.2007

„...was die Frage der Berufsarmee betrifft und wie gesagt, hier gibt es ein klares NEIN aus meiner Seite solange ich Minister bin...“
Pressestunde vom 25.03.2007

„Nein, ich bin kein Freund des Berufsheeres. Es ist auch nicht realistisch. Wir bleiben bei dem gemischten System von Grundwehrdienern, Kader- und Miliz-Soldaten.“
"Kurier" vom 11.05.2007

„Ich stehe zu dem System Grundwehrdienst, Kadernsoldaten und Miliz - also kein Berufsheer.“
„Der Standard“ vom 28.08.2007

„Ich bin als Sozialdemokrat ein klarer Verfechter des Milizsystems und des Systems der allgemeinen Wehrpflicht, das ist einfach unserem Heer am stärksten angepasst und ich werde das auch weiter vertreten.“
„Burgenland heute“ vom 09.11.2007

„Ich stehe zu dem jetzigen System der Wehrpflicht und zum Milizsystem.“
Pressestunde vom 01.06.2008

Weiters bekannte sich Darabos zur allgemeinen Wehrpflicht, zum sechsmonatigen Grundwehrdienst und zur Steigerung des Frauenanteils im ÖBH.
OTS0319, 03.12.2008

"Die allgemeine Wehrpflicht ist Ausdruck der gemeinsamen Verantwortung aller Bürger für die Sicherheit unseres Landes. Deshalb wird es mit mir als Verteidigungsminister auch keine Abschaffung der Wehrpflicht geben. An der Wehrpflicht darf nicht gerüttelt werden. Es ist für Österreich und für das Bundesheer wichtig, dass viele junge Menschen einrücken."

OTS0184, 4.5.2009

Er bekenne sich zur allgemeinen Wehrpflicht, Tendenzen in Richtung Berufsheer seien lediglich in größeren Staaten zu beobachten, die Militärbündnissen angehören.

OTS0345, 23.6.2009

„Für mich ist die Wehrpflicht in Stein gemeißelt. Mit mir als Verteidigungsminister wird es kein Ende der Wehrpflicht geben.“

„Tiroler Tageszeitung“ vom 3.7.2010

„Die Bundesregierung bekennt sich zu einem Bundesheer, das auf der allgemeinen Wehrpflicht, Miliz und Berufskomponente aufbaut sowie zur Beibehaltung des auf sechs Monate verkürzten Wehrdienstes.“

APA0233, 9.7.2010

„Ich bin der hundertprozentigen Auffassung, dass die Mischvariante zwischen Berufssoldaten, Milizsoldaten und Grundwehrdienern die beste ist für einen neutralen Staat wie Österreich.“

Ö1-Mittagsjournal, 17.9.2010

„Die allgemeine Wehrpflicht garantiert die Verankerung der Armee in der Gesellschaft. Derzeit gibt es aus meiner Sicht keine Alternative zur allgemeinen Wehrpflicht.“

Darabos in seiner Rede zur Ausmusterung der Offiziere an der Theresianischen Militärakademie in Wiener Neustadt am 2.10.2010 („NÖN Landeszeitung“ Nr. 40/2010 vom 4.10.2010)

„Meine Meinung ist bekannt, ich glaube, dass dieses Mischsystem Österreich nach vorne gebracht hat, nämlich Mischsystem zwischen Kadetsoldaten, Milizsoldaten und Grundwehrdienern.“

Hohes Haus vom 3.10.2010

Am 4. Oktober 2010 gab es eine Vorausmeldung der „Krone“ auf ein Interview in der Zeitung vom 5.10.2010, dass Bürgermeister Häupl sechs Tage vor der Wahl in Wien als Wahlkampfzuckerl für eine Volksbefragung zur Abschaffung der Wehrpflicht eintritt.

Nach kurzer Ratlosigkeit an der Spitze des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport wurde die Forderung unterstützt. In der Folge wurde für ein Berufsheer plädiert und die Abschaffung der Wehrpflicht gefordert. Es wurden Modelle für ein künftiges System, ohne Beiziehung des Chefs des Generalstabes oder des Streitkräftekommandanten (!), erarbeitet und vorgestellt, von denen ein Gutteil von vornherein ausscheidet.

Ein 180 Grad Schwenk von Bundesminister Darabos, der in der Geschichte seines Gleichen sucht. Ein Schwenk, der von Bundesminister Darabos am 15.12.2010 mit dem Kostendruck begründet wurde (APA0559).

Dieser schwenk ist nicht nachvollziehbar, zumal es keine neuen mittelfristigen Risikoanalysen – die Vorschläge zur neuen Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin werden erst vorgelegt und diskutiert – gibt. Eine Diskussion über die Wehrverfassung muss auf Basis einer aktuellen Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin erfolgen. Einsparungen dominieren die Budgets der Landesverteidigung auf jeden Fall bis 2014 und wahrscheinlich darüber hinaus.

Selbst diverse Medien wie zum Beispiel der „Kurier“ finden diese Vorgehensweise eigenartig bis verwunderlich:

„Für Österreich ist derzeit eine neue Sicherheitsdoktrin in Ausarbeitung. Sie legt fest, welche Anforderungen an das Bundesheer künftig gestellt werden. Die Doktrin ist politisch nicht ausverhandelt, geschweige denn beschlossen. Der Verteidigungsminister kennt also die künftigen Aufgaben des Heeres noch nicht, aber er weiß bereits, welche Art von Heer zu deren Erledigung am besten geeignet ist. Das nennt sich ein koordinierter Prozess.“

Mit seiner schrägen Vorgangsweise bestätigt der Minister einmal mehr, dass er sich weniger an Sachpolitik als an Parteivorgaben orientiert. Man erinnere sich: Am Beginn der Debatte stand ein Wahlkampf-Manöver des Wiener Bürgermeisters. Im Wissen um die Umfragemehrheit und die Unterstützung der Krone wechselte die SPÖ ziemlich abrupt ihre Wehrpflicht-Position. Darabos war gerade dabei, sie in Stein zu meißeln, und wurde überrumpelt. Inzwischen empfiehlt derselbe Darabos mit ähnlicher Inbrunst den Umstieg auf ein Berufsheer. Mag sein, dass dieses Modell wirklich das richtige für die Zukunft ist - aber wem soll man das glauben? Darabos? Über ihn spöttelt sogar schon der Bundespräsident: "Stein ist nicht aus Butter".“ (OTS0191, 17.1.2011)

Eine Änderung des Wehrsystems aus wahltaktischen und finanziellen Gründen, wie von Darabos betrieben, ist strikt abzulehnen. Eine allfällige Änderung der Wehrverfassung haben sicherheitspolitische Erwägungen auf der Grundlage von fundierten Risikoanalysen und Bedrohungsszenarien voran zu gehen.

Auf Grund der genannten Tatsachen stellen die unterfertigten Abgeordneten daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Dem Bundesminister für Landesverteidigung und Sport wird gemäß Art. 74 Abs. 1 B-VG durch ausdrückliche Entschließung des Nationalrates das Vertrauen versagt.“

Stenogrammer *Heinrich*
K. R. *St.* *O. W.*

20/1/11